

Diethelm Kleszczewski / Steffi Müller-Mezger /
Frank Neuhaus (Hrsg.)

Von der Idee
des Gemeinbesitzes zum
Projekt eines unbedingten
Grundeinkommens

mentis
MÜNSTER


Einbandabbildung:

© Verwendung des Gemäldes mit freundlicher Genehmigung von Michael Deas,
New Orleans/Der SPIEGEL, Hamburg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.

= fundamenta iuris, Band 10

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem
und alterungsbeständigem Papier  ISO 9706

© 2013 mentis Verlag GmbH
Eisenbahnstraße 11, 48143 Münster, Germany
www.mentis.de

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zulässigen Fällen ist ohne vorherige
Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Printed in Germany
Einbandgestaltung: Anna Braungart, Tübingen
Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten
ISBN 978-3-89785-489-5

Diethelm Kleszczewski

EINLEITUNG

Sozialdividende, beim Wort genommen

In allen politischen Lagern der Bundesrepublik Deutschland wird mit unterschiedlichen Konzepten das Projekt eines unbedingten Grundeinkommens diskutiert.¹ Der Begriff des Grundeinkommens selbst ist dabei nicht geklärt. Es lässt sich definieren als ein subjektiv öffentliches Recht, das jeder Mensch ursprünglich gegenüber demjenigen Gemeinwesen hat, dem er angehört. Der Anspruch geht auf eine Geldleistung in einer Höhe, die nicht nur die Existenz sichern, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen soll.² Das Konzept eines Grundeinkommens unterscheidet sich von dem Modell einer Grundsicherung, wie es etwa in § 7 SGB II geregelt ist, dadurch, dass es weder von der Bereitschaft abhängt, angebotene Arbeit aufzunehmen, noch davon, dass die Bedürftigkeit geprüft wird.³

1. a) Wie *B.-I. Hoff* in seinem in diesem Band zu findenden Beitrag herausarbeitet, lassen sich die vielfältigen Vorschläge für ein Grundeinkommen auf zwei Modelle zurückführen: das der Sozialdividende und das der negativen Einkommensteuer. Während die Sozialdividende unabhängig von einer steuerrechtlichen Prüfung an jeden ausgezahlt wird, setzt die negative Einkommensteuer eine solche Veranlagung voraus. Liegt das Einkommen danach unterhalb eines bestimmten Grundfreibetrages, erhält man eine Geldzahlung als Unterstützung.⁴

Hoff selbst plädiert für eine Verknüpfung von Grundeinkommen, fairer Teilhabe an der Erwerbsarbeit und radikaler Arbeitszeitverkürzung. Ausgangspunkt seiner Stellungnahme ist die schon von *H. Arendt* formulierte Einsicht, der technische Fortschritt in den hochentwickelten Marktwirt-

¹ Eingehender Überblick bei *R. Blaschke*, Aktuelle Ansätze und Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen in Deutschland. Vergleichende Darstellung, in: Grundeinkommen hrsg. v. *R. Blaschke, A. Otto, N. Schepers*, 2010, S. 301 (341 ff.).

² *R. Blaschke*, Denk' mal Grundeinkommen, in: Grundeinkommen (Fn. 1), S. 9 (17).

³ *Blaschke*, Grundeinkommen (Fn. 2), S. 9 (17).

⁴ *Blaschke*, Grundeinkommen (Fn. 2), S. 9 (23 f.).

schaften führe dazu, das nachgefragte Arbeitsvolumen tendenziell zu senken und damit strukturelle Arbeitslosigkeit auf Dauer zu stellen. Gleichzeitig teilt er die Analyse von *A. Gorz*, nach der sich Erwerbsarbeit immer weniger wie im Fordismus nach Zeiteinheiten entlohnen lässt: Wertschöpfung beruhe zunehmend auf Wissensökonomie. Diese fuße auf einer Kreativität von Arbeitnehmern, die durch ein Grundeinkommen der Sorge entoben werden müssten, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.⁵

b) Für *Hoff* findet die Kapitalismusanalyse von *K. Marx* auch heute noch seine Bestätigung, eine Analyse, mit der sich der in diesem Band zu findende Aufsatz von *I. Pies* kritisch auseinandersetzt. Daher seien die Grundlinien der Marxschen Theorie hier kurz vorangeschickt:

Bekanntlich tauschen sich Waren nach *Marx* auf dem Markt im Durchschnitt im Maße der auf ihre Herstellung notwendigen Arbeitszeit.⁶ Auch der Wert der Arbeitskraft bemisst sich nach ihren Reproduktionskosten.⁷ Da ein Arbeitnehmer meist in der Lage ist, länger tätig zu sein, als es nötig ist, um den Gegenwert der zur Regeneration seiner Arbeitskraft erforderlichen Lebensmittel zu produzieren, kann der Unternehmer sich die Resultate der darüber hinaus geleisteten Mehrarbeit ohne Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip aneignen, wenn er lediglich Lohn in Höhe der Reproduktionskosten zahlt.⁸ Auf dieser Mehrwertaneignung, besser bekannt als Ausbeutung, beruht letztlich der Gewinn, den der Unternehmer durch Absatz seiner Waren erzielt.⁹

Die Konkurrenz der Unternehmer untereinander zwingt sie nun nach *Marx* unaufhörlich dazu, die Kosten der Produktion zu senken, um Waren preiswerter anbieten und den anderen Wettbewerbern Marktanteile abjagen zu können.¹⁰ Dies führt zu einer Akkumulation und Konzentration von Kapital¹¹, die den Anteil des konstanten Kapitals gegenüber dem zur Entlohnung aufzuwendenden Geldbetrag kontinuierlich wachsen lassen¹². Da die Unternehmer ihre Gewinnquote nach dem Verhältnis berechnen, in dem der Ertrag zum eingesetzten Gesamtkapital steht¹³, befördert die Anhäufung

⁵ *A. Gorz*, Arbeit zwischen Misere und Utopie, 2000, S. 119f.

⁶ *K. Marx*, Das Kapital, Erstes Buch (1867), zitiert nach: Werkausgabe von *K. Marx* u. *F. Engels* hrsg. v. Institut für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED (im Folgenden: MEW), 1956–1968, Band 23, S. 54.

⁷ *Marx*, MEW 23, S. 184f.

⁸ *Marx*, MEW 23, S. 207f., 609f.

⁹ *Marx*, Das Kapital, Drittes Buch (1894), in: MEW 25, S. 46f.

¹⁰ *Marx*, MEW 23, S. 654f.

¹¹ *Marx*, MEW 23, S. 653f.

¹² *Marx*, MEW 23, S. 658f.

¹³ Vgl. *Marx*, MEW 25, S. 52.

von Kapital nach *Marx* die Tendenz, dass die durchschnittliche Profitrate sinkt¹⁴ und so die Dynamik des kapitalistischen Wirtschaftssystems erlahmt. Auf der anderen Seite führt die Rationalisierung zum Schrumpfen der Nachfrage nach Arbeitskraft und damit zum Entstehen struktureller Arbeitslosigkeit¹⁵, mit der nach *Marx* eine fortschreitende Verelendung um sich greift¹⁶. Mit ihr breitet sich die Überzeugung aus, die Ursachen der Ausbeutung, das Privateigentum an Produktionsmitteln, zu beseitigen, indem die Arbeiterklasse im Staat die Macht ergreift, die Unternehmen verstaatlicht und die Produktion gesellschaftlicher Kontrolle unterwirft.¹⁷

Mit dem Übergang zur sozialistischen Produktionsweise partizipiert jeder dem marxistischen Programm zufolge am gemeinschaftlich erwirtschafteten Mehrprodukt.¹⁸ Damit verbindet sich die Erwartung, dass die Menschen dadurch lernen, ihre eigenen Fähigkeiten als Teil einer gesellschaftlichen Produktivkraft zu entfalten.¹⁹ Je mehr danach die Arbeitsproduktivität steigt, desto kürzer, so lautet die Voraussage, wird die individuelle Arbeitszeit, desto humaner wird die Arbeitswelt.²⁰ Am Ende der Entwicklung wirkt demnach jeder aus eigener Neigung daran mit, den Wohlstand aller zu mehren, während gleichzeitig ein gesellschaftlicher Reichtum herrscht, der jedem die allseitige Befriedigung seiner Bedürfnisse gewährleistet.²¹ So lässt sich sagen, dass *Marx* das Modell eines Grundeinkommens erst in einer kommunistischen Gesellschaft für realisierbar hält.²²

2. a) Diese Kapitalismusanalyse unterzieht *I. Pies* einer grundlegenden Kritik. Zunächst sieht er die Marxsche These, nach denen sich Waren auf Gütermärkten aufgrund der Konkurrenz der Anbieter langfristig gemäß den minimalen durchschnittlichen Produktionskosten austauschen, durch die neoklassische Analyse bestätigt. *Pies* kritisiert jedoch die Übertragung dieser These auf den Arbeitsmarkt. Die nachweisbar signifikante Steigung der Reallöhne in Marktwirtschaften in den letzten 150 Jahren zeigt, dass Arbeitnehmer im Schnitt schon seit langem nicht mehr ein Entgelt beziehen, das lediglich ihr Überleben sichert. Die neoklassische Theorie erklärt sich dieses Phänomen mit dem spezifischen Wettbewerb, in dem die Unternehmen

¹⁴ *Marx*, MEW 25, S. 223.

¹⁵ *Marx*, MEW 23, S. 658.

¹⁶ *Marx*, MEW 23, S. 674f.

¹⁷ *K. Marx, F. Engels*: Manifest der kommunistischen Partei (1848), MEW 4, S. 459 (482).

¹⁸ *Marx*, MEW 23, S. 92f.

¹⁹ *Marx*, Zur Judenfrage (1843), MEW 1, S. 370.

²⁰ *Marx*, MEW 25, S. 828.

²¹ *Marx*, Kritik des Gothaer Programms (1875), MEW 21, S. 13 (21).

²² Eingehend: *Blaschke*, Grundeinkommen (Fn. 2), S. 9 (188ff.).

bei ihrer Nachfrage nach Arbeitskräften stehen. Während ein Ansteigen der Preise für eine Ware neue Anbieter desselben Produkts auf den Markt lockt, lässt sich die Zahl der Arbeitnehmer trotz erhöhten Bedarfs nicht von einem Tag auf den anderen vermehren. Wird das Arbeitsangebot knapp, steigen daher die Löhne, die Arbeitnehmer bekommen dann auch einen Teil ihrer Mehrarbeit vergolten. Sobald zudem Vollbeschäftigung herrscht, sieht *Pies* die Unternehmen, langfristig betrachtet, dazu gezwungen, den gesamten, von ihnen erzielten Mehrwert an die Arbeitnehmer auszukehren. So gesehen, ist der Kapitalismus, so die provozierende These von *Pies*, ein System der Ausbeutung von Unternehmern.

b) Diese neoklassische Modellanalyse operiert mit der Annahme, die Bezugsmärkte des Unternehmens seien vollkommen und es herrsche auf ihnen vollständige Konkurrenz. Macht man diese Voraussetzung, verteilt sich in der Tat der gesamte Gewinn ohne Rest auf die Produktionsfaktoren, insbesondere Kapital, Arbeit, unternehmerische Tätigkeit.²³ Auch die Arbeit wird mit dem Marktwert ihres Grenzprodukts entlohnt.²⁴ Wer in diesem System keiner Beschäftigung nachgeht, obwohl er erwerbsfähig ist, der ist demnach freiwillig ohne Arbeit.²⁵ Nun ist auch den Vertretern der neoklassischen Wirtschaftstheorie klar, dass in der Realität kein Markt vollkommen ist. Gleichwohl wirkt das Theorem von der freiwilligen Arbeitslosigkeit auch in ihren Stellungnahmen zur Armutsbekämpfung nach.

Eine klassische Antwort darauf ist das Modell der negativen Einkommensteuer. *M. Friedman* hat sie populär gemacht:²⁶ So wie derjenige, dessen jährliches Einkommen oberhalb der Summe des Grundfreibetrages und der absetzbaren Sonderausgaben liegt, Steuern zahlen muss, ebenso soll derjenige, dessen Einkommen geringer ausfällt, eine Zuwendung vom Staat erhalten. Ebenso wenig wie der Steuerpflichtige all sein zu versteuerndes Einkommen abgeben muss, ebenso wenig erhalten die Armen den vollen existenzsichernden Betrag. Als Beispiel diskutiert *Friedman* einen Zuwendungssatz in Höhe von 50 %.²⁷ Warum nicht mehr zu zahlen ist, erörtert *Friedman* nicht ausdrücklich. Den weiteren Ausführungen lässt sich entnehmen, dass es ihm darum geht, dem Armen nicht jeden Anreiz zur Arbeit zu nehmen.²⁸ Hinter

²³ *G. Brinkmann*, Ökonomik der Arbeit, Band 3, 1984, S. 87.

²⁴ *Brinkmann*, Ökonomik 3 (Fn. 23), S. 84, 244.

²⁵ *Brinkmann*, Ökonomik der Arbeit, Band 2, 1980, S. 170.

²⁶ *M. Friedman*, Capitalism and Freedom, Chicago 1962, zit. nach der von *H. Siebert* u. *J. W. Haas* besorgten deutschen Ausgabe Kapitalismus und Freiheit, München 2004, S. 228 ff.; zu Vorläufern, namentlich zu *J. E. Rhys Williams*, näher: *Blaschke*, Grundeinkommen (Fn. 2), S. 218 ff.

²⁷ *Friedman*, Kapitalismus (Fn. 26), S. 228.

²⁸ Vgl. die Bedenken bei *Friedman*, Kapitalismus (Fn. 26), S. 229.

dem hälftigen Zuwendungssatz scheint daher der Idee einer Art Gleichverteilung der Lasten der Armutsbekämpfung auf Arm und Reich zu stehen.

Friedman geht nun von dem Konsens aus, dass jeder staatliche Maßnahmen zur Armutsbekämpfung akzeptieren würde, wenn sich alle an den Kosten beteiligen müssten.²⁹ Ist dem so, dann ist die negative Einkommensteuer das Mittel der Wahl.³⁰ Sie hilft den Armen, weil sie arm sind, nicht weil sie etwa einer besonderen Berufsgruppe angehören. Sie kompensiert genau das, was fehlt: Geld. Sie macht damit zugleich die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Armutsbekämpfung für alle transparent. Im Unterschied zu Preissubventionen, Mindestlöhnen oder Fixtarifen beeinträchtigt die negative Einkommensteuer den Marktmechanismus nicht. Schließlich lassen sich die Kosten der Wohlfahrtsstaatsbürokratie einsparen, so dass die negative Einkommensteuer nach den Berechnungen *Friedmans* den Staat unter dem Strich weniger kostet als das überkommene System.³¹ Das Konzept eines solidarischen Bürgergeldes des ehem. thüringischen Ministerpräsidenten *D. Althaus*³², das von der FDP propagierte Bürgergeld³³ und das von den baden-württembergischen Grünen beschlossene Grundeinkommen³⁴ stellen gegenwärtige Variationen dieses Modells einer negativen Einkommensteuer dar.

3. Die neoklassische Modellanalyse steht und fällt jedoch mit der Annahme eines vollkommenen Marktes, auf dem vollständige Konkurrenz herrscht. Bevor das Konzept der negativen Einkommensteuer gewürdigt wird [s. u. b)], sollen daher zunächst diese Prämissen überprüft werden:

a) Ein Markt ist nur dann vollkommen, wenn er punktförmig und transparent ist, jeder allein nach dem Nutzenkalkül entscheidet und nur homogene Güter tauscht.³⁵ Diese Bedingungen treffen auf den Arbeitsmarkt schon strukturell nie zu.³⁶ So wie die Menschen unterschiedlich sind, so differiert

²⁹ *Friedman*, Kapitalismus (Fn. 26), S. 228.

³⁰ *Friedman*, Kapitalismus (Fn. 26), S. 229f.

³¹ *Friedman*, Kapitalismus (Fn. 26), S. 230f.

³² *D. Althaus*, Das Solidarische Bürgergeld, in: Das Solidarische Bürgergeld – Analysen einer Reformidee, hrsg. von *M. Borchard*, 2008, S. 1 (2f.).

³³ Beschluss des 56. Ordentlichen Bundesparteitages der FDP, Köln, 5.–7. Mai 2005, S. 1 (3ff.).

³⁴ Beschluss der 22. Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, Heilbronn, 12.–14.10.2007, S. 3ff. Die Bundesdelegiertenkonferenz hat 2007 einen entsprechenden Antrag abgelehnt.

³⁵ *Brinkmann*, Ökonomik 3 (Fn. 23), S. 82.

³⁶ *Brinkmann*, Ökonomik 3 (Fn. 23), S. 99.